

Brühler Zeitung

Brühler Volkszeitung - Brühler Volksblatt

Bezugspreis:
Durch den Boten frei ins Haus monatlich 3.00 Mark
oder durch die Post bezogen vierteljährlich 9.00 Mark.

Wertsblatt der Stadt Brühl

Anzeigenpreis:
Die empfindliche Einzelzeile oder deren Raum 0.50 Mk.
von auswärts 0.60 Mk., im Reklamenteil 1.50 Mk.

Telegramm-Adresse: Brühler Zeitung Brühl-Köln
Fernruf 108 und 109.

Postfach-Konto Köln Nr. 12742 . . Geschäftsstelle: Schloßstraße 23

Für Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche und
Finanzanzeigen 0.60 Mk.

Nr. 128

Montag, 7. Juni 1920

23. Jahrgang.

Das Wahlergebnis von Brühl-Stadt und Brühl-Land

Der Wahltag.

© Brühl, 7. Juni.

Des deutschen Volkes Schicksalstag, der Tag, an dem das deutsche Volk seine künftigen Geschicke selbst bestimmte — sei es durch Abgabe des Stimmzettels, oder auch durch eine nicht genügend zu verurteilende Wahlenthaltung — liegt bereits hinter uns. Das Ergebnis wird zeigen, wie das deutsche Volk gesonnen ist, wie es seine Zukunft selbst bestimmt. Und wie das Ergebnis im Deutschen Reich auch ausfällt, das gesamte deutsche Volk trägt die Verantwortung für die Zukunft, nicht nur für den Augenblick, nein sogar für Generationen hinaus.

Wahltag pflegen meistens Überraschungen nach der einen oder anderen Seite hin zu bringen, auch in unserer Wahlbezirk einschließlich der Bürgermeisterei Brühl-Land. Der rapide Aufschwung bei den letzten Wahlen des Vorjahres hat uns dies deutlich genug gezeigt. Ruhig und von gewaltigen Auftritten frei blieb der Wahlkampf, und dennoch wurde bei allen Parteien eine fieberhafte Wahlarbeit betrieben. Ungeklärt stand der Wahltag vor uns. Als die Stadt aufwachte, lebten überall an den Häusern und wo nur ein freies Plätzchen zu erwischen war Plakate, kleine und große, in allen Farbschattierungen und bildlichen Darstellungen. Plakate, die an Verbrechungskünsten und Verdamnungstafeln kaum noch überboten werden konnten. Besonders tat sich hierin die Sozialdemokratie bei der Schattierungen groß. Ja manche Plakate, in denen gegen das Zentrum aufgestellt wurde, sie waren inhaltlich so plump, daß sie eigentlich des Kleisters nicht einmal wert waren. Und wiederum konnte die Beobachtung gemacht werden, daß die Plakate des Zentrums entweder abgerissen oder von solchen der Sozialdemokratie überklebt waren. Das ist unehrliche, unsaubere Wahlmache, die öffentlich gerügt zu werden verdient.

Die Wahlbeteiligung war durchweg gleichmäßig, ein übergroßes Drängen oder Reihensitzen war nicht bemerkbar. Viele der Wähler benutzten, was lobend erwähnt werden muß, schon die Morgenstunden, um ihr Wahlrecht auszuüben. Dadurch war den einzelnen Wahlbüros die Arbeit wesentlich erleichtert. Die Schlepper hatten weniger als sonst zu tun, oder sie konnten durch ihre verdienstvolle Arbeit noch rechtzeitig manchen Wahlmüden und Hartgeotenen zur Wahlurne bringen. Rante und Gebredliche benutzten in ausgiebiger Weise die zur Verfügung gestellten Wagen, sie gaben manchem Wahlmüden ein gutes und beschämendes Beispiel.

So nahe denn die Stunde der Entscheidung ist, das amtliche Wahlergebnis liegt bis zur Stunde noch nicht vor.

Soweit wir die einzelnen Ergebnisse erfahren konnten, lassen wir dieselben hier folgen.

Brühl-Stadt.

1. Bezirk: Wahlberechtigter 1515, gewählt haben 1033 (904*). Zentrum 461 (477), Deutsche Volkspartei 112 (123), Nationale Volkspartei 32 (5), Demokratische Partei 24 (25), Mehrheits-Soz. 287 (255), Unabhängige 100 (12), Christliche Volkspartei 14 (—), ungültig 3 (3).

2. Bezirk: Wahlberechtigter 1536, gewählt haben 1160 (1137), Zentrum 634 (741), Deutsche Volkspartei 108 (61), Nationale Volkspartei 11 (1), Demokratische Partei 51 (54), Mehrheits-Soz. 264 (276), Unabhängige 69 (2), Christliche Volkspartei 23 (—), ungültig — (2).

3. Bezirk: Wahlberechtigter 1411, gewählt haben 1091 (1056), Zentrum 582 (691), Deutsche Volkspartei 115 (96), Nationale Volkspartei 18 (1), Demokratische Partei 23 (14), Mehrheits-Soz. 266 (246), Unabhängige 73 (4), Christliche Volkspartei 14 (—), ungültig — (2).

4. Bezirk: Wahlberechtigter 1438, gewählt haben 1141 (1079), Zentrum 528 (681), Deutsche Volkspartei 270 (195), Nationale Volkspartei 23 (9), Demokratische Partei 27 (20), Mehrheits-Soz. 216 (167), Unabhängige 57 (5), Christliche Volkspartei 20 (—), ungültig — (—).

Das Gesamtergebnis ist somit: Wahlberechtigter 5900, Zentrum 2202 (2590), Deutsche Volkspartei 605 (475), Nationale Volkspartei 84 (16), Demokratische Partei 125 (113), Mehrheits-Soz. 1025 (944), Unabhängige 299 (23), Christliche Volkspartei 71 (—) ungültig — (7). Wähler haben gewählt 4411 (4168).

Bürgermeisterei Brühl-Land.

Badorf: Wahlberechtigter 1215 (961), gewählt haben 762 (782), Zentrum 393 (589), Deutsche Volkspartei 11 (7), Nationale Volkspartei 5 (—), Demokratische Partei — (—), Mehrheits-Soz. 323 (185), Unabhängige 29 (1), Christliche Volkspartei — (—), ungültig 1 (—).

Pingsdorf: Wahlberechtigter 1121 (998), gewählt haben 756 (829), Zentrum 369 (517), Deutsche Volkspartei 19 (4), Nationale Volkspartei 2 (—), Demokratische Partei 3 (2), Mehrheits-Soz. 287 (306), Unabhängige 74 (—), Christliche Volkspartei — (—), ungültig 2 (—).

Bersdorf: Wahlberechtigter 749 (652), gewählt haben 625 (594), Zentrum 387 (455), Deutsche Volkspartei 13 (2), Nationale Volkspartei 1 (—), Demokratische Partei — (—), Mehrheits-Soz. 181 (136), Unabhängige 38 (1), Christliche Volkspartei 1 (—), ungültig 4 (—).

Kierberg: Wahlberechtigter 877 (772), gewählt haben 631 (679), Zentrum 325 (378), Deutsche Volkspartei 33

(18), Nationale Volkspartei — (—), Demokratische Partei 2 (25), Mehrheits-Soz. 182 (258), Unabhängige 87 (—), Christliche Volkspartei 1 (—), ungültig 1 (—).

Seide-Grühlwerk: Wahlberechtigter 1200 (743), gewählt haben 753 (621), Zentrum 217 (214), Deutsche Volkspartei 28 (24), Nationale Volkspartei — (—), Demokratische Partei — (11), Mehrheits-Soz. 415 (372), Unabhängige 91 (—), Christliche Volkspartei — (—), ungültig 2 (—).

Schwadorf: Wahlberechtigter 317 (301), gewählt haben 224 (278), Zentrum 186 (236), Deutsche Volkspartei — (—), Nationale Volkspartei — (—), Demokratische Partei — (6), Mehrheits-Soz. 29 (36), Unabhängige 6 (—), Christliche Volkspartei 2 (—), ungültig 1 (—).

Bochem: Wahlberechtigter 683 (625), gewählt haben 511 (555), Zentrum 222 (355), Deutsche Volkspartei 3 (2), Nationale Volkspartei — (—), Demokratische Partei 2 (2), Mehrheits-Soz. 167 (196), Unabhängige 48 (—), Christliche Volkspartei 64 (—), ungültig 5 (—).

Das Gesamtergebnis in der Bürgermeisterei Brühl-Land ist somit: Wahlberechtigter 6162 (5052), gewählt haben 4262 (4338), Zentrum 2099 (2744), Deutsche Volkspartei 107 (57), Nationale Volkspartei 8 (—), Demokratische Partei 7 (46), Mehrheits-Soz. 1584 (1489), Unabhängige 373 (2), Christliche Volkspartei 68 (—), ungültig 16 (—).

*) Die eingeklammerten Zahlen sind diejenigen der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919.

Wir sehen aus vorstehenden Meldungen, daß das Zentrum, als die Partei der Mitte an Stimmzahl erheblich verloren hat, während der Aufschwung links gewaltig in die Erscheinung tritt. Sowohl die Mehrheitspartei als auch die Unabhängigen haben an Stimmzahl noch bedeutend zugenommen. Mit diesem Ergebnis müßte gerechnet werden, daher kann das Zentrum mit den auf sich vereinigten Stimmen noch gut zufrieden sein. Es hat keinen Grund nutzlos zu werden oder gar die Hoffnung aufzugeben. Noch hat der Zentrumssturm ein festes Fundament. Berücksichtigt man die Verhältnisse der Gegenwart, die dem Anwachsen der roten Flut günstiger waren als uns, so ist das Anwachsen der Sozialdemokratie, vor allem der Unabhängigen, wohl zu verstehen. Die größere Wählerzahl, die sowohl in den Bezirken Brühl-Stadt und -Land zu verzeichnen ist, steht hauptsächlich aus neu hinzugezogenen Wählern zusammen, die der Arbeiterschaft angehören.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat auch die deutsche Volkspartei eine wesentliche Stärkung erfahren. Das Zentrum allein hat an Stimmzahl verloren, selbst wenn man die Stimmen, die auf die christliche Volkspartei entfielen, dem Zentrum zuzählen würde.

Die Stiftssekretärin.

36

Nachdruck verboten.

Roman von S. Courths-Mahler.

Aber diesmal sollte Fürstin Maria mit ihrer Voraussage nicht recht behalten und Ruhe und Stille sollten für lange Zeit für das weltabgeschiedene Stift von St. Annen vorüber sein, denn auch an seine friedlichen Pforten klopfte der Weltkrieg mit seiner harten Hand.

Als die Kunde von der Mobilmachung den Stiftsdamen bekannt wurde, scharten sie sich um ihre Patronesse wie eine furchtsame Herde, die vom reißenden Wolf bedroht wird.

Fürstin Maria mußte alle Energie aufbieten, um die erschrockene Schar zu beruhigen. Aber sie fand die rechten Worte, mit denen sie ihre Schutzbefohlenen bei der Ehre paktete:

„Denken Sie daran, daß wir Gattinnen und Töchter von Offizieren sind, und was wir als Offiziersdamen ihrem Andenken schulden. Es soll uns niemand nachsagen, daß wir unseren Posten verlassen haben, auf den wir hier im stillen Stift gestellt sind! Sie wissen meine Damen, wie nahe wir der Grenze liegen, aber als deutsche Frauen wollen wir tapfer sein und unsere Pflicht tun. Wahrscheinlich werden wir schon in den nächsten Tagen Einquartierung erhalten, und später werden wir unsere Räume für die Aufnahme von Verwundeten bereitstellen. Ich hoffe, daß jede von Ihnen sich ihres deutschen Namens bewußt bleiben wird, und daß unser Stift St. Annen unserem Vaterlande gute Dienste leistet.“

Die Worte der Fürstin hatten gezündet. Die Damen des Stiftes gingen wieder an ihre Arbeit, denn nun galt es, mit doppeltem Fleiß die reiche Ernte des Jahres zu bergen.

Wohl zogen in manchem Herzen dunkle Sorgenwolken auf, denn viele von den alten Damen wußten aus eigener Erfahrung, was das Wort Krieg bedeutet. Man

eine hatte den Gatten und Söhne draußen auf dem Felde der Ehre verloren. Auch Ursula von Konrad's Herz schlug bang, wenn sie an Malte von Feldberg dachte, der als einer der ersten mit hinaus mußte. Aber sie richtete sich innerlich an der mutvollen Kraft ihrer mütterlichen Freundin auf und gelobte sich im stillen, Maltes Wert zu bleiben.

Die von Fürstin Maria vorausgesehene Einquartierung ließ nicht lange auf sich warten. Schon in der zweiten Kriegswoge wurde das nahe Dorf mit einer Kompanie belegt und der Kompanieführer sollte mit zwei jüngeren Leutnants in St. Annen Quartier nehmen.

Das gab nun eine neue Aufregung im Stift, und auch Ursula sah den Gästen mit Spannung entgegen. Sie war gerade im Arbeitszimmer der Fürstin als die Offiziere eintrafen.

Fürstin Maria begrüßte am äußeren Portal die Herren mit ruhiger Würde und wünschte, daß sie sich in dem alten Stift behaglich fühlen möchten. Der Hauptmann, eine stattliche, blonde Redengefäß, verneigte sich, um sich vorzustellen.

„Ich betrachte es als einen ganz besonderen Glückszug, daß ich in St. Annen Quartier bekommen habe. Mein Name ist Luz von Rippach.“

Mit freudigem Erstaunen sah die Fürstin auf den stattlichen Offizier, der mit so treuherzigen, offenen Augen in ihr Gesicht schaut. Das war Baron Luz von Rippach — der Mann, dessen Hand Ursula ausgeschlagen hatte!

„Herzlich willkommen, Herr Hauptmann!“ begrüßte sie ihn. „Ich freue mich außerordentlich, Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen.“

Baron von Rippach küßte der Fürstin ehrerbietig die Hand.

„Durchlaucht können versichert sein, daß wir den Frieden dieses Hauses streng respektieren werden!“

Und dann stellte er die beiden anderen Herren vor, die die Fürstin ebenfalls herzlich begrüßte.

Dann bat Fürstin Maria die Herren, der alten Dienerin zu folgen, die ihnen ihre Zimmer anweisen sollte. „Machen Sie es sich bequem, meine Herren“, sagte sie und zu Herrn von Rippach gewandt, fügte sie hinzu: „Ich hoffe, Herr Hauptmann, es wird uns Zeit zu einer Aussprache bleiben.“

„Durchlaucht dürfen mir glauben, daß ich eine solche Herbeigehne!“

Er verneigte sich und zog sich mit den beiden anderen Herren, der Dienerin folgend, zurück.

Im Arbeitszimmer der Fürstin sah Ursula über den Stiftsbüchern in ernster Arbeit! Als die Tür sich öffnete und Fürstin Maria eintrat, hob sie den Kopf und fragte: „Die Einquartierung ist wohl eingetroffen, Tante Maria?“

„Ja, mein Kind“, erwiderte die Fürstin, zu ihr tretend. „Ich habe eben die Offiziere begrüßt. Du wirst unter ihnen einen alten Bekannten wiederfinden. Welche Überraschung!“

Das Blut trat in Ursulas Wangen. Sie sah mit unruhigen Augen zur Fürstin auf. Sollte das Schicksal Malte hergeführt haben?

„Wer ist es denn, Tante Maria?“

„Baron Luz von Rippach mit zwei jüngeren Offizieren. Die Kompanie ist im Dorf untergebracht.“

Ein tiefer Atemzug hob Ursulas Brust. Sie hatte gehofft und zugleich gefürchtet, von den Lippen der Fürstin Maltes Namen zu hören. Alle ihre Gedanken waren doch jetzt bei ihm, ihr Herz bangte um ihn, weil sie wußte, daß er dem Feind entgegenzog.

Die Fürstin ahnte wohl, daß Ursula einen anderen Namen zu hören erwartet hatte, den Namen des Mannes, der ihrem Herzen teuer war und um dessen Willen sie es nicht über sich gewonnen hatte, Baron von Rippach die Hand zum Bunde fürs Leben zu reichen. Aber sie schwieg.

Fortsetzung folgt.

Politische Rundschau

— Aus Nordfriesland wird der Vossischen Zeitung geschrieben, daß das Geschäftsleben in der ersten Zone auf einem toten Punkt angekommen ist.

— Der Oberschlesischen Zeitung zufolge nehmen die oberschlesischen Gerichte am Montag ihre Tätigkeit wieder auf.

— Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen Post reichte sein Rücktrittsgesuch ein, das vom Präsidenten Wilson angenommen wurde.

London, 6. Juni. Die Sitzung des Völkerbundes, die zur Besprechung der durch die bolschewistische Truppenbewegungen in Persien entstandenen Lage auf den 11. Juni angesetzt worden war, ist auf den 14. Juni verschoben worden. Prinz Firuz wird Persien bei diesen Verhandlungen vertreten.

Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei

Berlin, 5. Juni. Die Mehrheitssozialdemokraten hielten gestern in Berlin-Neukölln eine Wahlversammlung ab, in der der Reichstagsabgeordnete Müller sprach. Müller sprach sich abermals mit größter Entschiedenheit gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei im künftigen Reichstage aus. Er sagte wörtlich: Ausgeschlossen ist es, daß wir mit der Partei des Herrn Stresemann in irgend eine Koalition eintreten.

Der Heimtransport der Gefangenen aus Sibirien

Berlin, 5. Juni. Wie der Telegraphen-Union aus Kopenhagen gemeldet wird, hat sich dort ein Komitee gebildet, das für die Heimsendung der deutschen, österreichischen und türkischen Kriegsgefangenen aus Sibirien arbeitet. Es haben sich bereits 90 Banken aus allen Teilen der Welt bereit erklärt, Beiträge für die Dedung der außerordentlichen hohen Kosten für die Rückführung der Kriegsgefangenen entgegenzunehmen. Das Komitee stellte sich dem Prof. Fritz Hofmann zur Verfügung, der bisher die Arbeiten für die Heimsendung der Kriegsgefangenen leitete.

Dr. Solf

Berlin, 5. Juni. Dr. Solf, der zum Geschäftsträger in Japan ernannt worden ist, wird sich kommenden Dienstag auf dem Dampfer Kansai Maru in Hamburg nach Yokohama einschiffen. Es steht bereits fest, daß der neue Geschäftsträger in Tokio vermutlich in nicht allzu ferner Zeit der erste Botschafter der deutschen Republik in Japan sein wird.

Die Särge Goethes und Schillers beraubt

Weimar, 5. Juni. Unbekannte Einbrecher drangen in vergangener Nacht in der Fürstengruft auf dem alten Friedhof ein, und beraubten die Särge von Goethe, Schiller und Großherzog Karl Alexander. Es fehlen goldene und silberne Kränze. Nach den Einbrechern wird eifrig gefahndet.

Rheinisch-westfälische Industrie in Paris

Düsseldorf, 5. Juni. Wie gemeldet wird, haben vier hervorragende Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie vom Auswärtigen Amt in Berlin telegraphisch die Berufung und Pässe zur Teilnahme an den wirtschaftlichen Verhandlungen in Paris erhalten. Es sind die Herren Hugo Stinnes, Mühlheim-Ruhr, Ernst Woensgen, Vorsitzender des Eisenwirtschaftsbundes-Düsseldorf, Generaldirektor Voegeler, Deutsch-Luxemburg und Dr. Wiedfeld von der Firma Krupp in Essen. Es steht aber noch nicht fest, ob und wann die Herren die Reise antreten.

Wiederaufnahme des Internationalen Personenverkehrs

In Passau fand vom 26. bis 31. Mai auf Einladung der deutschen Eisenbahnverwaltungen und unter dem Vorsitz Deutschlands eine Konferenz über die internationalen Personentafeln statt. Außer den deutschen Reichseisenbahnen waren die englischen, holländischen, belgischen, italienischen, schweizerischen, österreichischen, tschecho-slowakischen, polnischen und zum erstenmal auch die französischen Eisenbahnverwaltungen vertreten. Die Verhandlungen, die sich zunächst wegen der verschiedenen in Frage kommenden und im Verhältnis zueinander stark schwankenden Währungen schwierig gestalteten, führten schließlich in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung.

Es wird sonach in absehbarer Zeit wieder möglich sein, mit durchgehenden Fahrkarten und ohne Umladung oder Umlagerung von Gepäck von den größten Städten des einen Landes nach denen des andern zu reisen.

Portoerhöhung

Wie der Kölnischen Volkszeitung glaubhaft versichert wird, ist durch die Erhöhung des Portos für Briefe, Druckfachen, Postkarten und namentlich des Portos für Pakete ein erschreckend hoher Rückgang der Portoeinnahme bei der Post eingetreten. Ohne Zweifel wird bei Telegrammen und Ferngesprächen demnächst ebenfalls eine große Mindereinnahme zu verzeichnen sein.

Sehr richtig ist die Auffassung der R. V., daß es Pflicht der Reichspostverwaltung ist, diesen Vorgängen die allergrößte Aufmerksamkeit zu schenken und zu prüfen, ob nicht durch eine andere Gestaltung der Tarifsätze einer Unterbindung unseres Wirtschaftslebens vorzubeugen ist. Es ist ehrenvoller, eine als irrig sich erweisende Neuordnung zu befeitigen, als unsere Finanzen noch mehr zu schwächen.

Die Abstimmung in Ostpreußen am 11. Juli

Allenstein, 5. Juni. Der deutsche Reichs-Staatskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet Allenstein teilt mit, daß die interalliierte Kommission soeben folgende Verordnung erlassen hat:

Auf Grund der Artikel 94 und 95 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 und auf Grund des Artikels 1 des Abstimmungsreglements vom 14. April 1920 wird Sonntag der 11. Juli 1920 als Tag der Abstimmung im Regierungsbezirk Allenstein und im Kreis Oletzko festgesetzt.

Die ostschlesische Grenzfrage

Wien, 5. Juni. Die Neue Freie Presse erfährt aus Warschau-Ostau, daß nach einem Berichte aus den Kreisen der Plebiszitkommission die Entscheidung in der ostschlesischen Frage unmittelbar bevorstehe und seitens des Obersten Rates in Paris bereits in einem für die Tschecho-Slowakei wenig günstigen Sinne getroffen sei. Danach soll die jetzige Damarationslinie die neue Grenze zwischen Polen und Tschecho-Slowakei bilden.

Ein Automobilunfall Marshall Fochs

Paris, 6. Juni. Heute abend 7.30 Uhr ist das Auto des Marshalls Foch mit einem Automobiltaxameter Ede der Avenue Dupuëne und Avenue Segur zusammengestoßen. Der Chauffeur des Taxameters wurde mit zahlreichen Verletzungen im Hospital aufgenommen. Der Marshall erlitt nur eine leichte Verletzung am Knie. Der Fahrgast des Taxameters wurde an der Stirn leicht verletzt und konnte sich nach Hause begeben.

Kriegsgefahr zwischen Finnland und Schweden

Helsingfors, 5. Juni. Man rechnet hier mit der Möglichkeit eines Krieges mit Schweden wegen der Mandsfrage.

Die ausländischen Kredite

Paris, 5. Juni. Nach einer Neutermelung ist der Betrag des englischen Kredites für den wirtschaftlichen Aufbau Mitteleuropas und der baltischen Staaten vorläufig auf zwei Millionen Pfund Sterling festgesetzt worden.

Amsterdam, 5. Juni. Nach einer Blättermelung wird sich Holland mit 12 einhalb Millionen Gulden an der internationalen Anleihe für die mitteleuropäischen Staaten beteiligen.

Vor der Konferenz in Spa

Nochmals vertagt?

Paris, 5. Juni. Nach dem Journal ist damit zu rechnen, daß die Konferenz von Spa nochmals vertagt wird. Als Grund wird angegeben, die Vorarbeiten für die Konferenz seien zu kompliziert. Echo de Paris bestätigt diese Meldung und fügt hinzu, der französische Finanzfachverständige Monol, der gestern nach London abgereist sei, habe die Aufgabe, gegen die sofortige Festlegung der deutschen Schuld aufzutreten.

Paris, 5. Juni. Der Matin bestätigt, daß die Vertagung der Konferenz von Spa höchstwahrscheinlich sei. Er nennt als den Tag des Zusammentritts den 5. oder 6. Juli.

Vatikan und Völkerbund

Ueber die Beteiligung des Vatikans, insbesondere des Papstes am neuerschaffenden Völkerbund hat schon vor einiger Zeit eine große Auseinandersetzung in der Ententepresse stattgefunden. Die Ententemächte haben im Völkerbundsrat über diese Frage auch bereits Erörterungen gepflogen, und in der Mehrheit scheint auch die Meinung vorhanden gewesen zu sein, dem Papste eine eigene Vertretung im Völkerbund einzuräumen. Von dem Vertreter einer kleineren Ententemacht aber ist die Beibehaltung der über diese Angelegenheit ausgeprochenen Beschlüsse angetragen worden. In letzter Zeit hat die englische Presse, welcher hierfür Äußerungen englischer Staatsmänner, namentlich Balfours als Unterlage dienen, die Aufnahme des Vatikans in den Völkerbund befürwortet. Hinterher hat freilich Balfour seine Äußerungen dementieren lassen. Das ist aber nur aus formalistischen Gründen geschehen, um nämlich nicht den anderen Ententemächten Anlaß zum Einspruch dahingehend zu geben, daß England ohne vorheriges Einvernehmen mit den übrigen Ententemächten eine bestimmte Stellungnahme äußerte. Auch außerhalb der Entente stehende Mächte namentlich Spanien setzen sich aber lebhaft für die Teilnahme des Papstes am Völkerbund ein. Daß mit einer solchen im Vatikan selbst gerechnet wird, geht übrigens auch aus der am letzten Montag vom Papste erlassenen Enzyklika hervor. Die Enzyklika, die übrigens eine hervorragende Bedeutung gewinnen wird, befaßt sich mit dem Problem der Wiederherstellung des allgemeinen Weltfriedens und betont, daß die Kirche am Völkerbund in dem Geiste mitarbeiten wird, der ihr von der Geschichte klar gewiesen ist. Man kann daher damit rechnen, daß, wie es ja auch der Stellung des Vatikans zu den Weltproblemen, insbesondere in den letzten Jahren entspricht, eine Beteiligung des Vatikans am Völkerbund stattfinden wird.

Der Papst und die Völkerverbündung

Rom, 4. Juni. In einer Enzyklika ermahnt der Papst die katholische Presse, sich jeder Unduldsamkeit zu enthalten, und alles zu vermeiden, was gegen die Gesetze des Christentums verstoße und die kaum verheilten Wunden wieder aufreißen könnte.

Wir haben es, fährt der Papst fort, jedem gesagt, und wiederholen es allen Völkern, die während des großen Krieges im Kampfe standen, daß jede Ursache des Zwiespalts verschwinden muß, daß aber die Gerechtigkeit zu ihrem Rechte kommen muß.

Die freundschaftlichen Beziehungen zu den Völkern müssen wieder aufgenommen werden. Eine allgemeine Völkerverbündung ist in die Wege geleitet. Der Heilige Stuhl hat während des Krieges immer wieder die brüderliche Verbündung der Völker gepredigt. Diese Grundsätze werden jetzt noch lauter von der Kirche betont.

Die Haltung des Heiligen Stuhles ist nicht so aufzufassen, als ob dieser auf diese geheiligten Rechte verzichte und mit den anormalen Zuständen, in denen er sich gegenwärtig befindet, zufrieden sei. Im Gegenteil, wir haben schon unter unseren Vorgängern betont, daß es eine heilige Pflicht ist, die Würde und die Rechte des apostolischen Stuhles zu verteidigen, und erneuern dies hiermit. Deshalb verlangen wir dringend, daß Friede gemacht wird, damit auch die anormale Lage des Papsttums ein Ende hat.

Die Staaten sollen sich zu einer einzigen Familie von Völkern vereinigen und die Versöhnung und das Zusammenleben herbeiführen. Die Völker sollen ihre Rüstungen herabsetzen, um neue Kriege zu vermeiden. Die Kirche ist das wirksamste Mittel, um die Brüderlichkeit wiederherzustellen unter den Menschen. Wir wenden uns daher an alle Menschen und an alle Völker der Erde, die mit ganzem Herzen dem katholischen Glauben und der Kirche Christi angehören und fordern sie auf, wieder Menschen zu werden.

Caritas urget!

Von einem Leser unserer Zeitung, der z. Zt. in Bad Ems zur Kur weilt, erhalten wir folgende Zuschrift:

Endlich weichen die finsternen Geister des dämonischen Hasses, der jahrelang die Nationen entzweite und die christliche Caritas, des Himmels schönste Töchter, entfaltet ihr segensreiche Tätigkeit. Vor mir liegt die Nummer The Catholik Herald vom Samstag, den 22. Mai 1920. Es ist, meines Wissens, die größte, meist gekessene, kath. Zeitung Schottlands. Auf der ersten Seite festelt den Leser eine erschütternde Darstellung. Am leeren Tische lehnt, dumpfe Verzweiflung in Blick und Gebärde, eine Mutter. Die ärmste! Vor ihr stehen die hohlwangigen, gänzlich entkräfteten und abgemagerten Kinder. Das kleinste ruht in der Wiege, das gebrachene Auge noch starr auf die Mutter gerichtet. Es ist tot, elend verhungert! Wenn es sprechen könnte, so würde es wie seine Geschwister nur das eine Wort lassen: „Brot!“

Darunter liest man in großen, gesperrt gedruckten Buchstaben: „Wenn unsere Ohren gestimmt wären für große, weite Entfernungen, dann würden wir hören jeden Augenblick das Jammergeschrei und Nöckeln der — in Todesnot Ringenden — Tausenden von Kindern — und den schrecklichen Schrei von Müttern, die zwei, drei und vier ihrer teuren Lieben im Kriege verloren. Ein hilfloses Kind ist tot, ein anderes und wieder ein anderes stirbt, während du diese Zeilen liest! Gedanke deiner Verantwortung. In deiner Macht ist es, solche Leben zu retten! Nun folgt ein flammender Aufruf mit drei Überschriften: „Tausende von Kindern unter drei Jahren zum Tode verurteilt! Ein Bericht von einem toten Zentrum in der Hungersgegend von Europa! Neueste Nachricht: Meldung, daß nur den Kindern zwischen drei bis fünf Jahren geholfen werden kann!“

„Die Wärmchen unter 3 Jahren müssen buchstäblich dem Hungertode preisgegeben werden, weil nicht genug Nahrung vorhanden ist für alle, wenn diese einbegriffen sind. Freiwillige Hilfe ist die einzige Hoffnung, die hilflosen Kinder vom Hungertode zu retten. Willst du helfen, daß wenigstens eines dieser Kleinen gerettet werde, welche sonst sterben müssen?“

Ein schreckliches Problem ist von der Unterstützungskommission in der Hungerzone von Europa (Deutschland und Österreich) zu lösen: Millionen und Millionen von armen, hilflosen Kindern sind in täglicher, ständlicher Gefahr, einem grausamen Hungertode oder Krankheit zur Beute zu fallen. Es sind nicht genug Lebensmittel für alle da. Es war notwendig, Kinder auszuwählen, welche gerettet werden sollten. Sollen die anderen dem Tode anheimfallen? In der ganzen Geschichte der Menschheit war nie eine so schlimme, wahrhaft schreckliche Lage. Das Jammergeschrei und Wehklagen der kleinen leidenden Kinder wird gehört in allen Himmelsgegenden; Verzweifelte Mütter, deren ausgehungertes Kind jede Möglichkeit ausschließt, ihre Kleinen selbst zu nähren, strecken inständig ihre Arme aus, bittend um Nahrung, flehend ihre Lieblinge zu retten. Trotz heroischer Hilfeleistung gibt es in einigen Zentren tausende sterbender Kinder — Speise nur für einige hundert. Daß die Zivilisation jemals zu geben sollte, daß kleine Kinder absichtlich dem Hungertode preisgegeben werden, träumten wir nie in der Stunde unseres Sieges. Eine furchtbare Krisis! Aber die Krisis ist gekommen. Ganze zukünftige Generationen von Mitbürgern in Europa (Deutschland, Österreich) sind mit Ausrottung bedroht. Sollen wir zur Seite stehen und untätig zuschauen? Wollen wir zufrieden sein mit unsern Ergrünungsarbeiten, wenn kostbare Menschenleben für je ein paar Schillinge gerettet werden können? „O Gott, daß Brot so teuer und Fleisch und Blut so billig sein sollten!“ klagte Zoom Hood in seinem flammenden Aufrufe für die hungernden Arbeiterfrauen der untersten Klassen. Wie viel tragischer ist jetzt die Lage, wenn arme unschuldige Kinder die Strafe erleiden für das, was die Staatslenker heraufbeschworen.

J. 3.

Brühl und Umgebung

Brühl, 7. Juni.

Stadtverordnetenversammlung vom 4. Juni. 1. Vertrag mit Moritz über die Müllabfuhr und Gebührenordnung für die Müllabfuhr. In mehr als einstündiger Beratung beschloß die Versammlung Vertagung und Zurückverweisung an die Bau- und Finanzkommission, welche darüber bestimmen, ob eine Ausschreibung stattfinden soll. Gegenstand der Beratung waren die Müll- und Reibrückabfuhrzeiten wie auch die Frage der Straßenreinigung. Die hiermit verknüpfte Kostenfrage brachte mancherlei Ansichten zutage. Auch die Gebührenordnung wurde eingehend besprochen. Die Höhe der von jedem Zahlungspflichtigen zu entrichtenden Gebühr soll alljährlich von der Stadtverwaltung durch Einschätzung festgesetzt werden. Vorgelesen waren für das laufende Jahr 12 einhalb Prozent auf den Gebäudesteuermehrwert. Ein Beschluß kam nicht zustande. Es erfolgte wie vor bereits erwähnt Vertagung.

2. Vertrag mit Thönissen betr. Pachtung der Riesgrube. Die Befestigung der Riesgrube durch das Stadtoberhaupt und Kommission hat stattgefunden. Bis jetzt bestand nur ein mündlicher Vertrag. Nach einem zu tätigen schriftlichen Vertrag hat der Mieter der Stadt für jeden cbm Sand 80 Pfg. zu zahlen. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis.

Familie von
das Zusam-
re Rüttungen
Die Kirche ist
wiederherzu-
ns daher an
die mit gan-
der Kirche
Wenschen zu

in Bad Ems
grift:

dämonischen
eite und die
hter, entfaltet
egt die Num-
den 22. Mai
neist gefesene,
Seite festelt
leeren Tische
Gebärde, eine
pohlwangigen,
er. Das klein-
ge noch starr
verhungert!
wie seine Ge-

gedruckter
t wären für
t hören jeden
n der — in
idern — und
wei, drei und
Ein hilfloses
anderes stirbt,
Berant-
en zu retten!
Ueberdriften:
um Tode ver-
in der Hun-
Meldung, daß
ihren geholfen

en buchstäblich
nicht genug
einbegegnet
ung, die hilf-
llst du helfen,
werde, welche

Unterstützungs-
(Deutschland
Millionen von
tündlicher Ge-
rantheit zur
mitte! für alle
en, welche ge-
Tode anheim-
heit war nie
e. Das Jam-
enden Kinder
zweifelte Müt-
öglichkeit aus-
eden inständig
um ihre Lieb-

gung gibt es
der — Speise
on jemals zu-
m Hungerlode
der Stunde
er die Krisis
nen von Mit-
ich) sind mit
te stehen und
in mit unsern
für je ein
D Gott, daß
g sein sollen!
Aufrufe für
Rassen. Wie-
ne unschuldige
die Staats-
J. 3.

7. Juni.

vom 4. Juni.
und Gebühren-
s einflüßiger
ng und Zurück-
n, welche darü-
inden soll. Ge-
nd Rehrichst-
reinigung. Die
cherlei Anschä-
urde eingehend
ungspflichtigen
nen der Stadt-
werden. Vorge-
nhalb Prozent
Beschlus kam
erwähnt Ber-

ung der Ries-
sch das Stadt-
sch. Bis jetzt
einem zu täti-
der Stadt für
versammlung er-

3. Gewerbl. Fortbildungsschule (Gehälter und Schul-
geld). Die Vergütung für die Lehrkräfte wurden von 4 M.
auf 7.50 M. die Stunde erhöht, für den Schulleiter
wurden 300 M. festgesetzt. Die jährlichen Ausgaben be-
trugen etwa 3000 M., wenn nicht größere Veränderungen
des jetzigen Systems vorgenommen werden. Die Höhe
des Schulgeldes beträgt 10 M. Der Vorsitzende machte
bekannt, daß neue Ortsstatuten entworfen werden müß-
ten damit der Schulzwang auf sämtliche männliche Per-
sonen ausgedehnt werde, wobei der Bergbau und die Hau-
wirtschaft nicht ausgenommen sei. Ein neuer Schulvor-
stand, der in aller Kürze zu wählen sei, sehe außer dem
Weiter 4 Arbeitgeber und 4 Arbeitnehmer vor. Stadto.
Röttgen (3) tritt für höhere Summen ein und bittet in
Sachen der Fortbildungsschule nicht zu sparen. Auch for-
derte er die Erteilung des Zeichenunterrichts durch fach-
männisch gebildete Zeichenlehrer. Der Vorsitzende erwähnte
der Vorschlag sei zu beraten, man möge vorab das Aller-
notwendigste bewilligen, damit die Schule keine Unter-
brechung erleide. Die Versammlung erklärte ihr Einver-
ständnis. Die Frage einer Mädchenfortbildungsschule wurde
vorläufig verschoben.

4. Erhöhung der Kosten des Mieteneinigungsamtes. Die
Kosten wurden wie folgt erhöht: für den Vorsitzenden auf
35 M., für jeden Beisitzer auf 15 M. jede Sitzung, für
den Schriftführer auf 270 M. monatlich, wovon ein
Drittel Brühl-Land zu tragen hat. Die Mietgebühr für
Benutzung des Raumes an den Justizdienst beträgt 40 M.
Dem Gerichtsdienster wurden 6 M. wöchentlich als Rei-
sungsgebühr bewilligt. Die Zahl der Beisitzer wurde von
6 auf 12 erhöht.

5. Erhöhung des für Porto vorgesehenen Betrages im
Gymnasialhaushaltsplan. Bisher bestand eine Pauschal-
summe. Die erhöhten Portokosten bedingen eine Erhöhung.
Der Erhöhung der Portokosten wurde zugestimmt.

6. Beihilfen für den erkrankten und ausscheidenden
Bürogehilfen Johann Grahn. In der geheimen Sitzung
wurde beschlossen, das Gehalt vorläufig bis Oktober weiter
zu zahlen.

Weiter wurde die Schloßfrage besprochen und die
Herrn Bürgermeister Nehs und Beigeordneter Großh.
beauftragt in Berlin mit dem Hofmarschallamt und dem Fi-
nanzministerium persönlich Rücksprache zu nehmen.

7. Kath. Frauenbund d. Hausfrauen-Abteilung.
Die Mitglieder werden hierdurch auf die Hausfrauentage
aufmerksam gemacht, die zweimal im Monat, nachmittags
von 4—7 Uhr im unteren Saale des Josephshauses statt-
finden. Es sind dies zwanglose Zusammenkünfte, wo für
gute Zwecke oder zum eignen Gebrauch genäht und ge-
stickt wird. Zugleich Belpredung über hauswirtschaftliche
Fragen Austausch von Koch- und Badrezepten usw. Der
nächste Frauentag ist auf Donnerstag, den 17. Juni,
festgesetzt und liegt es im Interesse der Mitglieder sich
an dieser neuen Einrichtung recht rege zu beteiligen.

8. Tarifverhandlungen im Baugewerbe.
Bei den gemeinsamen Verhandlungen des Arbeitgeberver-
bandes für das Baugewerbe in der Rheinprovinz mit den
Vertretern der Bauarbeiterverbände erklärten die Arbeit-
geber mit Rücksicht auf die Ergebnisse einer statistischen
Feststellung über die Teuerung, nach der sich die darge-
legten Bauarbeiterlöhne im Einklang befänden, nicht in
der Lage zu sein, den von den Arbeitnehmerverbänden ge-
forderten Lohn erhöhungen entgegenzukommen. Durchschla-
gend war bei diesen Erwägungen die Tatsache, daß die
allgemeine wirtschaftliche Lage, eine Steigerung der Löhne
verbiete, anderenfalls der völlige Stillstand des Gewerbes
zu befürchten wäre. Die Verhandlungen wurden darauf
abgebrochen. Der Lohn für Bauarbeiter beträgt 3. Zt.
5,75 bzw. für Hilfsarbeiter 5.60 M. die Stunde.

9. Falsche Fünfzigmarktscheine. Neuerdings
tauchen mancherorts wieder falsche Fünfzigmarktscheine mit
dem Datum vom 30. November 1918 auf. Die Scheine
sind erkennlich an dem ziemlich hellen Druck, besonders der
erdfarbenen Umrahmung. Sodann erscheint das Wasser-
zeichen kaum sichtbar, und wenn es zu sehen ist, ist seine
Einlenkung scharf abgegrenzt. Sie ist erst nach er-
folgtem Druck des Falschscheines aufgesetzt, während bei
echten Scheinen das Wasserzeichen deutlich im Papier ver-
läuft. Die Nachahmung des Altscheines ist gut.

10. Keine Ein- und Zweipennigstücke
mehr. Ein- und Zweipennigstücke werden bis auf
weiteres nicht mehr geprägt. Der Reichsmünzrat. Finanz-
hat dies in einer Verfügung an die übrigen Reichsbe-
höörden für zweck- und erfolglos erklärt. Die Verteuerung
aller Rohstoffe und die Steigerung der Arbeitslöhne,
Versandkosten usw. macht die Herstellung dieser Münzen
so teuer, daß sie ihren Nennwert weit übersteigt, selbst
wenn man das geringwertigste Metall oder einen an-
deren Stoff verwenden würde. Dazu kommt die Such-
eines Teils der Bevölkerung, Reichsmünzen selbst mit
geringem Metallwert zurückzuhalten. Infolge der Preis-
steigerung hatten diese kleinen Münzsorten auch nicht
mehr die Bedeutung wie früher. Für die staatlichen
Kassen hat der preussische Finanzminister anordnet, daß
die von den Staatskassen zu zahlenden Beträge auf voll-
fünf oder zehn Pfennig nach oben abgerundet werden.
Ebenso soll bei der Reichsverwaltung verfahren werden.

11. Postnachnahme ist keine Wertangabe.
In weiten Kreisen der Öffentlichkeit ist noch immer die
Ansicht verbreitet, daß wenn man eine Postsendung unter
Nachnahme versendet, die Post im Falle des Verlustes
oder der Beschädigung dafür wie bei einer Wertsendung
Ersatz leiste. Dies trifft nicht zu. Die Angaben eines
Nachnahmebetrages gilt für die Post nicht als Wertan-
gabe. Nachnahmeleistungen werden bei der Post nur
dann als Wertsendungen behandelt, wenn auf ihnen
außerdem noch ein Wert angegeben worden ist.

12. Neue Reichs-Reisebrotmarken. Die bis-
her eingetretenen und noch bevorstehenden außerordentlichen
Erhöhungen des Papierpreises zwingen, um eine zu große
Belastung der Kommunalverbände zu vermeiden, zu einer
Verkleinerung und damit zu einer Neugestaltung der Rei-
sebrotmarken. Die Reisebrotmarken neuesten Modells wer-
den gegen Ende dieses Monats zur Verwendung gelangen.

Durch die Einführung der neuen Marken wird die Gül-
tigkeit der jetzigen nicht berührt. Bis auf weiteres gelten
daher die alten und die neuen Marken nebeneinander,
doch ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit die
jetzigen Marken außer Geltung gesetzt werden. Der Zeit-
punkt wird noch besonders mitgeteilt werden.

13. Kierberg-Heide, 7. Juni. Die Ortsgruppe
Heide des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Teil-
nehmer und Hinterbliebenen, welche heute am Schluß
ihres Gründungsjahres steht, schreibt uns: Im Juni 1919
wurde dieselbe in Heide durch Aufruf in der Zeitung von
13 Kameraden als erste dieser Art in unserer Bürgermeis-
terei gegründet. Anfangs und heute noch von vielen Mit-
bürgern verkannt, hat die Ortsgruppe einen sehr steinigen
und dornigen Weg wandern müssen und hat nicht den
Anklang und das Entgegenkommen in unserer Gemeinde
gefunden, wie es eigentlich hätte sein müssen. Man hat den
Kriegsopfern recht wenig von dem damals gepredigten
Dank des Vaterlandes zukommen lassen. Trotzdem aber
hat dieselbe unermüdlich weiter gearbeitet und hat heute
eine Mitgliederzahl von über 80 Kameraden. Die Orts-
gruppe hat sich bemüht, gerade auf dem Gebiet der Un-
terstützung den notdürftigen Mitgliedern und Gemein-
angehörigen möglichst entgegenkommen zu können und hat
zu diesem Zweck eine eigene Unterstützungsstelle angelegt,
in die nur Gelbüberschüsse von Festlichkeiten usw. fließen.
Bis heute hatten die Ortsgruppen hieraus ca. 2000 M.
gezahlt.

Auch sonst haben wir in der Erreichung unserer Haupt-
ziele — Wirtschaftliche Sicherstellung sämtlicher Kriegsopfer
und deren guter Rentenvorsorgung — sehr gute Erfolge
erzielt. Auf unseren letzten Antrag wurde die Auszahlung
einer monatl. Unterstützung an die Hinterbliebenen nach
dem festgelegten Existenzminimum der Säge der Stadt
Köln bewilligt. Es ist dies ein schöner Erfolg, aber es ist
immer noch nicht dasjenige, was diesen Leuten zusteht
und wofür sie ihre Haut zu Markte getragen haben und
wofür sie ihrer einzigen Ernährer haben hergeben müssen.
Wenn auch der Staat in Notlage ist, so ist er doch ver-
pflichtet, für seine Opfer, die er gefordert hat, in aus-
kömmlicher Weise zu sorgen und können wir doch un mög-
lich zugeben, daß er sich als erste Erholungsstätte den
Rücken der Kriegsopfer ausstreckt. Hier ist es Pflicht jedes
einzelnen, für diese gute und gerechte Sache seine Kraft
herzugeben; dies sind wir in der Hauptsache unserer
Hinterbliebenen schuldig, die heute allein das Leben mit
ihren Waisen und nur auf unsere Hilfe angewiesen sind.
Hier muß zusammen gekämpft werden und müßte jeder
Kriegsbefähigte, Tein- und Hinterbliebene wissen, daß
er in den Reichsbund gehört, die größte und stärkste Or-
ganisation, nur diese allein kann mit ihren 700 000 Mit-
gliedern die Interessen der Kriegsopfer wirksam
vertreten.

Rheinland und Westfalen

* Köln-Mülheim: Die Mülheimer Gottes-
tracht, dieses einzigartig dastehende Volksfest, mußte auch
in diesem Jahre infolge der Zeitverhältnisse arg beschnitten
werden. Ganz in Wegfall kam die seit dem Jahre 1590
dokumentarisch nachweisbare Rheinfahrt der Fronleichnam-
prozession, die früher immer von einer Flottille von Räh-
nen, in denen Schützen ein lebhaftes Gewehrfeuer unter-
hielten, umschwärmt wurde. In Wegfall kam ferner die
dreitägige Kirmesfeier, die vor dem viele Tausende Teil-
nehmer nach Mülheim lockte. So blieb denn die Gottes-
tracht auch in diesem Jahre auf eine glanzvolle Prozes-
sion beschränkt.

* Sonnet: 4 Personen ertrunken. Ein folgen-
schweres Unglück ereignet sich am Freitag auf dem Rhein,
oberhalb der Rolandsmühle. Ein mit 5 Personen besetzter
Nachen, der von einem dort liegenden Schleppdampfer
an Land fahren wollte, kenterte, wobei 4 der Insassen
ertranken, nur einer konnte gerettet werden.

* Mainz: Das furchtbare Elend eines vier-
jährigen Kindes, das einem 2jährigen Kinde ähnlich sieht,
spielte am Mainzer Schöffengericht eine Rolle. Der Vater
war der Mißhandlung an dem Kinde angeklagt; die Züch-
tigung war aber so unbedeutend, daß er freigesprochen
wurde. Nun tobte die Mutter, sie nehme sich des Kin-
des nicht mehr an. Trotz der Ermahnungen des Vorsitzen-
den, schrieb die Person wie eine Besessene und ließ das
Kind im Zuscherraum zurück. Sie wurde aber von Schutz-
leuten wieder vor das Gericht gebracht. Ein Hotelbesitzer
erklärte sich bereit, dem Kinde jeden Tag das Essen gratis
zu verabfolgen.

* Aachen: Hartes Urteil. Der Gewerkschafts-
beamte Hermanns, der vor etwa 6 Wochen wegen Zu-
widerhandlung gegen eine Anordnung der Befahungs-
behörde anlässlich der Protestkundgebung auf dem Bläcker-
platz in Sachen der Bahnstrecke Aachen-Kalterherberg vom
belgischen Kriegsgericht zu einem Jahr Gefängnis ver-
urteilt worden war, stand jetzt vor dem belgischen Be-
rufungsgericht. Nach etwa eineinhalbstündiger Verhandlung
wurde die von Hermanns eingelegte Berufung verworfen
und die Strafe noch um eine Geldbuße von 5000
Mark erhöht.

* Duisburg: Schiebungsversuche. Ein frü-
her bei der Firma Thyssen beschäftigter Wagenmotier
und ein aus dem Lazarett entlassener Offiziersstellvertreter
versuchten mit Hilfe gefälschter Papiere fünf Eisenbahn-
wagen fälschlich im Werte von 600 000 Mark nach
Kassel und Hamburg zu verschleusen. Es gelang, die Wagen
unterwegs zu beschlagnahmen. Die Täter wurden in einem
Düsseldorfer Gasthofe verhaftet, als sie mit Hilfe eines
gefälschten Duplikatfrachtbriefes von einer Düsseldorfer
Firma 180 000 Mark erheben wollten.

* Bochum: Verbrecher oder Geistesfran-
ker? Hier hat sich dieser Tage ein junger Mann der
Behörde gestellt unter der Angabe, daß er an der Er-
mordung des Grafen Westerholt beteiligt gewesen sei.
Die Angaben die der Mann über die Ausführung des
Mordes macht, sind derart, daß sie stark Zweifel bedingen.
Möglichst hat man es mit einem Geisteskranken zu

tun. Vorläufig wurde der Selbstbezichtigter in Haft ge-
nommen.

* Hamm: Ankunft in der Heimat. Einem aus
dem benachbarten Berries heimkehrten Angehörigen der
Fremdenlegion ist die Flucht aus der Fremdenlegion ge-
glückt, nachdem er sieben Jahre hindurch die schlimmsten
Entbehrungen und Demütigungen hatte erdulden müssen.
Er ist jetzt bei seinen Angehörigen angekommen.

Wirtschaft, Handel und Industrie

Gegen neue Erhöhungen der Löhne
und Gehälter.

Eine eingehende Aussprache über die gesamte Wirt-
schaftsfrage Deutschlands fand am 20. Mai in einer Aus-
schußsitzung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-
verbände statt, die es für ihre dringende Pflicht hält,
den ersten Mahnruf an sämtliche ihre angeschlossenen
Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der
Löhne und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutschen
Erzeugnisse hätten die Weltmarktpreise ungefähr erreicht,
zum Teil bereits überschritten. Schon heute stode überall
der Absatz. Eine übermäßige Steigerung der Gestehungs-
kosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter
und die daraus folgende Verteuerung der Preise müßte
zur Katastrophe führen und damit unabsehbares Elend
über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der
Arbeitnehmer, bringen. Den Arbeitnehmern selbst sei auch
mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter zu-
gegebenermaßen nicht gedient. Ihnen wie der ganzen deut-
schen Wirtschaft könne nur geholfen werden durch vermehrte
und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine
Senkung der Preise bewirken könne.

Aus aller Welt

Eine Folge der Marksteigerung.

In Wiesbaden hatten sich nach Abschluß des Waffen-
stillstandes, besonders aber zur Zeit des stärksten Tief-
standes der deutschen Mark, neben den französischen Offi-
zieren und Beamten der Befahungsbehörde zahlreiche fran-
zösische Zivilisten niedergelassen. Trotz der großen Woh-
nungsnot mußte unter dem Druck der Befahungsbehörde
von der Stadt Unternehmungsmöglichkeit für diese fran-
zösischen Zivilisten geschaffen werden. Durch die Aufbese-
rung des Marktfusses ist der Aufenthalt in dem an sich
teuren Wiesbaden nicht mehr lohnend. Infolgedessen ist
in den letzten Tagen geradezu eine Massenflucht der fran-
zösischen Zivilisten aus Wiesbaden eingetreten.

Ein rachsüchtiger Hamsterer.

Auf dem Gute des Landwirtes Bergbahn in dem
benachbarten Hefebühl bei Detmold entstand eine Feuers-
brunst, die auf sämtliche Gebäude des Gutes, mit Aus-
nahme eines Hauses übergriff. Sämtliche Gebäude wurden
vernichtet. Das Vieh wurde unter großen Anstrengungen
gerettet, dahingegen sind große Mengen Nahrungsmittel
und Futtermittel verbrannt. Die Feuersbrunst wird
auf einen kurz vor Ausbruch des Brandes abgewiesenen
Hamsterer zurückgeführt.

Die Nordpolexpedition Amundsens miß-

lungen?

Kopenhagen, 31. Mai. Morgenblattet veröffent-
licht einen Aufsatz zu der Nordpolexpedition Amundsens
und erklärt, daß die Expedition wahrscheinlich aufgegeben
werden müsse, da der große Polarstrom, mit dem Amundsen
sich über den Pol treiben lassen wollte, seit drei Jahren
nicht mehr in Bewegung gewesen sei. Seit 1917 sei kein
Treibeis vom Polarbecken an die Ostküste Grönlands ge-
kommen. Hieraus müsse man schließen, daß dieser Meeres-
strom nur periodisch eintrete, was auch durch die Fest-
stellungen Amundsens im vorigen Jahre bestätigt wor-
den sei. Möglich sei, daß das Treibeis sich in entgegen-
gesetzter Richtung bewege als er erwartet hätte. Daher
müsse damit gerechnet werden, daß Amundsen gezwungen
worden sei, seine Expedition aufzugeben.

Bermischtes

Ein bezeichnendes Angebot.

Eine westfälische Industriefirma handte der Kölnischen
Zeitung ein ihr zugewandenes Angebot eines früheren
Beamten eines Reichsverwertungsamts. Das Schreiben
lautet:

Ich bin in der Lage, Ihnen vorteilhaft und frei-
bleibend aus Heeresbeständen anbieten zu können: zir-
ka 10 000 Zugstränge aus Stahl, mit Papierumwide-
lung, Kette und Karabinenhaken. Diese Zugstränge sind
neu, sofort greifbar und lagern in ... Falls Sie Inte-
resse dafür haben, erwarte ich Ihre umgehende, mög-
lichst telegraphische Benachrichtigung und empfehle Ihnen
sofortige persönliche Besichtigung und Bepredung wegen
Preisen usw. Hochachtungsvoll W., früherer Lagerhalter
v. R.-B.-Amt.

Ein Kommentar dazu ist überflüssig meinen mehrere
Blätter. Wir aber fragen: Ist kleine Behörde da die sich
den früheren Lagerhalter mal etwas näher ansieht und
nachfragt, wie er als Beamter zu dem großen Lager komme.
Hat er es auf erlaubte Weise erworben, gut, aber Auf-
klärung kann doch der steuerzahlende Bürger verlangen.

Verantwortlich für die Redaktion P. Becker, Brühl.
Druck und Verlag: Peter Becker, Brühl.

Reinigungsaustausch

Parkischecken

Unterzeichneter Gömmer die um 7 Uhr abends Feier-
abend haben möchten auch gerne etwas in den Park ge-
hen um frische Luft zu genießen. Es wird leider bereits
acht Uhr ehe man den schönen Weg antreten kann. Je-
doch beim Eintreten in den herrlichen Park erschrickt man
vor den Ketten, welche die gut gepflegten Anlagen ver-
sperren. Anscheinend ist es also den Brühler Bürgern nicht
vergönnt, die schönen Wege zu passieren. Wir möchten
doch bitten die Wunderpromonaden frei zu geben, da doch
schließlich der Park dafür geschaffen ist. Wir denken, noch
im Sinne vieler Brühler Bürger so gesprochen zu haben.

